

Beschluss des dbb Bundeshauptvorstandes vom 06. bis 07. Juni 2011

### Positionen des dbb zu Plänen für eine Bürgerversicherung

Der Bundeshauptvorstand ist dem Vorschlag der Grundsatzkommission für Sozialpolitik gefolgt und hat zu den Plänen für eine Bürgerversicherung wie folgt positioniert:

- 1) Krankheit birgt existenzielle Risiken. Um solchen angemessen zu begegnen, bedarf der Einzelne deswegen eines Versicherungsschutzes, angesichts der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts umso mehr. Der dbb bejaht deshalb eine allgemeine Verpflichtung für einen solchen Schutz zu bezahlbaren Konditionen.
- 2) Dem Gesetzgeber obliegt es, dafür zeitgemäße Mindeststandards zu definieren und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Rechte und ethischer Grundsätze die Rahmenbedingungen solidarischer wie individueller Lösungen festzulegen.
- 3) Die Tradition unterschiedlicher Systeme zur Begleitung der wesentlichen Lebensrisiken, insbesondere auch die beamtenrechtlichen und berufsständischen Lösungen, hat sich bewährt. Der dbb lehnt deshalb eine staatliche Einheitsversicherung ab.
- 4) Der Zugang zu den Systemen ist so zu regeln, dass weder individuelle Anwartschaften noch kollektive Vorleistungen beeinträchtigt werden.
- 5) Das Beihilferecht bildet im Regelfall zusammen mit konformen Tarifen der privaten Krankenversicherung einen stabilen und für den Fiskus günstigen Vollschutz. Soweit für Beihilfeberechtigte ein Versicherungsverhältnis in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht, ist dort eine ergänzende Teilkostenversicherung zu schaffen.
- 6) Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ist vorrangig durch Beiträge sicherzustellen, die Versicherte und Arbeitgeber paritätisch aufbringen. Die Selbstverwaltung erhält dabei Spielräume zur Festlegung der Beitragshöhe.
- 7) Soweit sich Beiträge aus Einkommen errechnen, sind dafür Grenzen und Bemessungsgrundlagen gesetzlich zu bestimmen.
- 8) Sozialtransfers und gesellschaftspolitische Ziele wie etwa eine Familienversicherung sind unabhängig von Krankenversicherungssystemen über Steuern zu finanzieren.